

Nachahmer gesucht

30.07.2015



Engagement von US-Konzernen gegen die Erderwärmung weckt auch in Deutschland Hoffnung.

- Deutsche Unternehmen sind im Rückstand.
- Die Finanzierung der Klimaziele ist ein Streitpunkt.

In Paris soll gelingen, was in Kopenhagen gescheitert ist: ein Durchbruch in den internationalen Klimaverhandlungen. Bei der UN-Klimakonferenz in der französischen Hauptstadt im Dezember wollen mehr als 190 Staaten einen verbindlichen Pakt schließen, in dem sich Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu angemessenen Beiträgen zum Klimaschutz verpflichten.

Die Ankündigung von 13 US-Konzernen am Montag, 140 Milliarden Dollar für Klimaschutz auszugeben, weckt jetzt eine große Hoffnung: dass der Klimaschutz endlich in den Chefetagen weltweit ankommt. Der Nachholbedarf ist groß. In Deutschland beschäftigen sich Unternehmen zwar immer mehr mit Klimaschutz, "die strategische Relevanz haben sie aber erst zu einem Bruchteil erkannt", sagt Moritz Nill von Systain Consulting.

"Viele Unternehmen gestalten zwar ihren Produktionsprozess im Heimatland weitestgehend klimaschonend", so der Berater. "Es müssen aber die Emissionsquellen entlang der gesamten Wertschöpfungskette in den Fokus rücken." Grundsätzlich gehe es für die Unternehmen beim Klimaschutz nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie: "Je länger die Unternehmen warten, desto teurer wird es." Bei diesen Überlegungen stehen gar nicht so sehr Störungen im Produktionsprozess, etwa aufgrund von Dürreperioden oder Überflutungen, im Vordergrund, sondern zum Beispiel Überlegungen, wie in China ein Emissionshandelssystem aufzubauen ist. In einem solchen System würden aus Emissionen Mehrkosten und Vorprodukte dadurch teurer. Diese Risiken würden viele Unternehmen unterschätzen.

"Globaler Klimaschutz braucht Aktivitäten von allen: nicht nur von Staaten, sondern auch von Unternehmen, Kommunen und der Zivilgesellschaft. Deshalb ist die US-Initiative ein wichtiger Schritt und ein gutes Signal für Paris", sagte Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth dem Handelsblatt.

Ohne mehr Engagement scheitert nicht nur der Gipfel in Paris. Auch die deutschen Klimaziele sind gefährdet: "Es zeigt sich gerade ganz deutlich, dass nur durch einen gemeinsamen Kraftakt von Politik und Unternehmen das erklärte Klimaziel von minus 40 Prozent CO₂ bis 2020 erreicht werden kann", erklärt Sabine Nallinger von der Stiftung 2 Grad, eine Initiative von Vorstandsvorsitzenden, Geschäftsführern und Familienunternehmen.

Die Vorhersagen für Paris fallen vier Monate vor dem Gipfel unterschiedlich aus. Während Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber sich "seit vielen Jahren nicht mehr so optimistisch gefühlt hat" (siehe Interview), wird es nach Ansicht der Vorsitzenden des Umweltausschusses des Deutschen Bundestags, Bärbel Höhn von den Grünen, keinen Durchbruch im Kampf gegen den Klimawandel geben. Die CO₂-Reduktionsziele, die alle Staaten jetzt auf den Tisch legen müssten, seien nicht ausreichend, um die Erderwärmung auf maximal zwei Grad zu begrenzen, sagte sie der Wochenzeitung "Das Parlament". Außerdem sei die Finanzierung des Grünen Klimafonds, der den Entwicklungsländern bei der Bewältigung des Klimawandels helfen soll, bislang "völlig unklar".

2009 haben sich die Industriestaaten auf der UN-Klimakonferenz geeinigt, ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für den Klimaschutz aufzubringen. Woher das Geld kommen soll, steht noch nicht fest. Klar ist nur: Es soll ein Gemeinschaftsprojekt aus öffentlichen und privaten Investitionen werden.

Im Zentrum des Vorhabens steht der Green Climate Fund (GCF), der einen Großteil der Investitionen schultern soll. Er umfasst aber erst zehn Milliarden Euro, gerade einmal ein Zehntel der jährlich versprochenen Mittel. Konkrete Projekte sind nicht bekannt. Diese Intransparenz wird beklagt, weil sie die weitere Investitionsbereitschaft behindert. Erst im November will der GCF erste Projekte vorstellen.

Alle Rechte vorbehalten. Copyright Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf